



Vereinigung der CDU im
CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Post über:
CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6/9
39104 Magdeburg

Haldensleben im September 1997

EAK4.DOC

Liebe Mitglieder und Freunde des Evangelischen Arbeitskreises in Sachsen-Anhalt

=====

Sie halten den neusten Rundbrief des Evangelischen Arbeitskreises in Sachsen-Anhalt in Händen. Wir freuen uns, daß sie auf diesem Wege an der Arbeit des EAK's teilhaben können. Unser Rundbrief möchte ihnen die Informationen geben, die sie für ihre Arbeit vor Ort benötigen.

des im Früh-jahr herausgegebenen Wortes der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ haben die einzelnen Arbeits-kreise sehr intensiv auch an der Heraus-arbeitung der Aufgaben mitgewirkt. Einige dieser erarbeiteten Themenkomplexe waren auch Gegenstand der Bundestagung.

Unsere Themen:

- **36.Bundestagung in Bochum**
stell. Vorsitzender Michael Schekatz
- **Denkanstoß aus biblischer Sicht**
Oberstudiendirektor Dieter Mayer
- **Kirchentag 1997 - ein Erlebnisbericht**
Wolfgang Kupke
- **Gespräch mit der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen**
Vorsitzender Jürgen Scharf
- **Gespräch mit der Kirchenleitung der Landeskirche Anhalt**
Vorsitzender Jürgen Scharf

Die Teilnehmer der 36. Bundestagung waren sich einig, daß unser Land die anstehenden Fragen nur unter Mitwirkung aller gesellschaftlichen Kräfte lösen kann. Der Bundesvorsitzende Herr Bundesminister Jochen Borchert hat das so formuliert:

Die hohe Arbeitslosigkeit ist die Herausforderung unserer Zeit. Sie löst Ängste und Befürchtungen bis in die junge Generation hinein aus. Sie bedroht den gesellschaftlichen Grundkonsens, der dringend benötigt wird, um in Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen die hohe Arbeitslosigkeit erheblich zu reduzieren.

Eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt läßt sich nur erreichen, wenn wir den strukturellen Wandel erleichtern, indem wir Flexibilität fördern, Überregulierungen abbauen und

36.Bundestagung in Bochum 6.-7. 6. 97

Das Thema der 36. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Bochum lautete: „Soziale Marktwirtschaft gestalten - neue Arbeitsplätze schaffen“. Angesichts von fast 5 Millionen Arbeitslosen wohl die wichtigste Aufgabe aller Kräfte in der Gesellschaft. Viele fragen sich: Was hat da der EAK beizutragen? In Vorbereitung

unternehmerische Initiativen nachhaltig unterstützen. Nur so sind wir dem freien europäischen Binnenmarkt und der Verschärfung des Wettbewerbs durch die Globalisierung der Märkte gewachsen. Die hohe Arbeitslosigkeit kann nicht ausschließlich von Wirtschaft und Politik bekämpft und beseitigt werden. Jede Bürgerin und jeder Bürger ist gefordert. Wir können nicht einfach alles vom Staat erwarten. Das Verhältnis von gesetzlich verordneter Solidarität und eigenverantwortlicher Subsidiarität ist so auszu-tarieren, daß eine neue Wachstums- und Beschäftigungsdynamik entstehen kann. Auch die Tarifpartner müssen dazu ihren Beitrag leisten.

Im Rahmen der Bundestagung wurde auch der Bundesvorstand satzungsgemäß neu gewählt. Als Vorsitzender wurde Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert mit großer Mehrheit wiedergewählt. Er steht seit 1993 an der Spitze des EAK. Als Stellvertreter wurden der Europa-abgeordnete Ingo Friedrich (CSU), der sächsische Sozialminister Hans Geisler, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst Dieter Hackler, Gustav Isernhagen sowie die thüringische Ministerin für Bundesangelegenheiten Christine Lieberknecht gewählt.

Als Beisitzer wurden Klaus Weigelt, Karin Wolff, Thomas Rachel, Ilse Falk, Dieter Franke, Michael Schekatz, Friedemann Schwarzmeier, Uwe Wienholz, Stefan Dachsel, Ute Ernsting, Ingeborg Babucke, Hans Bleckmann, Dr. Peter Schneemelcher, Harald Häßler, Tobias Utter und Johanna Köhler gewählt. Wir freuen uns, daß wir mit Michael Schekatz einen Vertreter im Bundesvorstand haben. Für den noch recht jungen Landes-arbeitskreis in Sachsen-Anhalt ist diese Verbindung sehr wichtig.

Michael Schekatz

Buchinfo

Den Themenbereich „Soziale Gerechtigkeit“ greift ein kleines Buch mit dem Titel „Ist Gerechtigkeit machbar? Politische Anstöße zu einem aktuellen Thema“ auf. Unter Leitung von Bundesminister Jochen Borchert hat ein Autorenteam versucht, Antworten zu geben. Darunter sind Beiträge von Dr. Wolfgang _Schäuble, Ilse Falk, Anne-Karin Glase, Peter Hintze, Christine Lieberknecht, Thomas Rachel u.a.m.

Das Buch ist erschienen im Lutherischen Verlagshaus Hannover 1997.

ISBN 3-7859-0747-8

Denkanstoß aus biblischer Sicht

In dieser Zeit, wo der geldwerte Nutzen für den Einzelnen an erster Stelle steht, fragt jeder zuerst: Was habe ich davon? Alles muß persönlichen Nutzen bringen, sonst wird es nicht getan: So steht es auch mit den Aufgaben für das Gemeinwohl. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger sind bereit, sich für das Gemeinwesen einzusetzen. In unserer biblischen Quelle finden wir da einen ganz anderen Ansatz:

Dient einander, ein jeder mit der Gabe, die er empfangen hat, als die guten Haushalter der mancherlei Gnade Gottes.

1.Petrus 4,10

„Glaubwürdige Minister brauchen wir“, das war das Fazit einer Diskussionsrunde, in der es um verantwortliches Handeln in Politik und Gesellschaft ging. Wir sind Minister! Denn für Christenmenschen gilt: Jeder ist Minister, das heißt Diener der anderen, berufen und beauftragt von Gott und auch dazu befähigt. Denn wen Gott beauftragt, den rüstet er auch aus. So hat jeder seine Gaben und Fähigkeiten empfangen. Der eine kann frei reden und gut formulieren, der andere ist ein hervorragender Organisator. Wiederum kann einer

geduldig zuhören und auf den anderen zugehen. Fröhlichkeit, Nachdenklichkeit, langer Atem - das alles sind Gaben, die wir in die Gemeinschaft einbringen können. Und so baut sich dann aus den verschiedenen Gaben eine Dienstgemeinschaft auf, die nach innen und außen wirkt.

Glaubwürdige Minister sind wir, wenn wir unsere Begabungen als Aufgaben entdecken mit dem Ziel, daß die anderen etwas davon haben und sich freuen können.

Oberstudiendirektor Dieter Mayer

So war mein Kirchentag 1997- ein persönlicher Erlebnisbericht

Die Evangelischen Kirchentage 1991 im Ruhrgebiet, 1993 in München und 1995 in Hamburg habe ich mit der ganzen Familie miterlebt.

Ich wußte, was in Leipzig auf uns zukommt und habe mich darauf gefreut.

Endlich wollte ich nicht nur Kirchentagsbesucher sein und mich durch das dicke Programm arbeiten, immer mit dem Gefühl etwas zu versäumen.

Im Auftrage des Vereins „Zeitgeschichte(n) e.V. Halle“ organisierte ich einen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten, auf welchem die hallischen Oppositionsgruppen in der ehemaligen DDR unter dem Dach des Kirchenkreises Halle vorgestellt wurden. Eine Kopie der 8-bändigen Stasi-Akte unserer kirchlichen Ökogruppe aus Halle lag zur Einsicht aus. In ihr wurde ständig gelesen - meist von Christen aus den alten Bundesländern, die eine solche Akte noch nie gesehen hatten.

An diesem Stand auf der Neuen Messe verbrachte ich mit Ausnahme des Abends der Begegnung im Leipziger Zentrum und dem Abschlußgottesdienst im Zentralstadion, drei lange Tage. Viele tausend Kirchentagsbesucher zogen an unserem Stand vorbei, mit einigen hundert sprachen wir. Viele fanden es richtig, daß wir präsent waren.

Jeweils am späten Abend trudelten die Familienmitglieder und unsere fünf Kirchentagsgäste aus den alten Bundesländern - meist getrennt - von den Veranstaltungen bei uns in Halle ein. Die Gespräche währten jeweils bis weit in den frühen Morgen. Unsere Gäste waren fröhliche Christen aus dem Ruhrgebiet und aus Heidelberg. Die Kirchentagsabsage von Arnold Vaatz wegen der Benennung von Probst Falke, einem der Erstunterzeichner der Erfurter Erklärung, als Abschlußprediger, beschäftigte uns dabei weniger, als das Problem, daß die Lehrer im Einzugsbereich des Kirchentages, vor allem also aus Leipzig und Halle, mehrheitlich nicht mit den Schulkindern den Kirchentag besucht haben. Wegen der Belegung der Schulen waren Projekttag angesetzt. Diese wurden aber zu Kinobesuchen und Ausflügen genutzt, obwohl gerade der Markt der Möglichkeiten für Lehrer und Schüler - auch der nicht religiös gebundenen - eine hervorragende Gelegenheit für Schülerprojekte gewesen wäre. Wir waren uns einig, daß die Lehrer nicht wußten, was auf einem Kirchentag passiert und haben ihn offenbar als ausschließlich religiöse Angelegenheit gesehen. Hier muß dringend Aufklärungsarbeit geleistet werden. Uns wurde deutlich, welches geistige Erbe die DDR hinterlassen hat und wie wenig neugierig und kreativ viele Lehrer sind. So war denn der Kirchentag von den Jugendlichen aus den alten Bundesländern geprägt. Die Vielfalt der deutschen Mundarten, besonders in den nächtlichen hallischen Straßenbahnen zu hören, war herzerfrischend und schön. Die Verkehrsunternehmen waren über ihren Schatten gesprungen und es galt ein Einheitsticket für den gesamten Einzugsbereich.

Einer unserer Gäste kam noch weit nach Mitternacht mit der Bahn von Leipzig. Die Bahn-AG hatte schnell einen Sonderzug eingesetzt als noch Kirchentagsbesucher

aus Halle auf dem Leipziger Bahnhof standen.

Meine Tochter Anne hat sich als Helfer betätigt und war im Pressezentrum eingesetzt. Sie mußte Pressemitteilungen für Journalisten aus der ganzen Welt in die entsprechenden Pressefächer verteilen - dabei kam sie ganz schön ins Staunen über die Mengen von Informationen, die dort zu verteilen waren.

Am Sonntag als der Abschußgottesdienst beendet, unser Messestand abgebaut und die Gäste abgereist waren, da war für uns klar: In zwei Jahren sind wir in Stuttgart wieder dabei, und zwar wieder als Mitwirkende. Ein Kirchentagsgast, ein Religionspädagoge aus dem Ruhrgebiet schrieb uns anschließend: "Die Abende bei ihnen und ihre lebendigen Erzählungen zum Leben vor und nach der Wende - das waren Eindrücke, die mir bei diesem Kirchentag besonders wichtig geworden sind. Bei früheren Kirchentagen hatte ich oft ganz neue Bereiche von Kirche und Theologie kennengelernt - bei diesem Kirchentag haben sie mir geholfen, wieder besser unsere Ost-West und West-Ost Vorstellungen zu verstehen und Mißverständnisse aufzulösen. Ich habe besser begriffen, daß es um einen langen Prozeß des wirklich gegenseitigen Verstehens und Unterstützens geht." Weil der Kirchentag mit seinen vielen Ost-West-Begegnungen auch dazu einen Beitrag geleistet hat, war er richtig und wichtig.

Wolfgang Kupke

Magdeburg, 15. 8. 1997

Regelmäßige Gespräche zwischen Kirchenleitung und EAK vereinbart

Sie werden sich gewiß erinnern: Auf der Vollversammlung unseres Evangelischen Arbeitskreises am 1. Februar diesen Jahres in Magdeburg wurde recht heftig die Haltung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirchen der Kirchenprovinz Sachsen angefragt. Im Mittelpunkt dieser Diskussionen standen Themen wie Kinder-

betreuung in kirchlichen Kindergärten, Schulwesen, Stellung der Familie, kirchliche Publizistik, aber auch die sogenannten „Erfurter Erklärung“. Schließlich kam ich der Bitte nach, in einem Brief unsere Sorge der Kirchenleitung mitzuteilen. Aufgrund dieses Briefes fand am 10. Juli 1997 ein Gespräch zwischen Kirchenleitung und EAK statt. Seitens der Kirchenleitung nahmen teil: Altbischof Dr. Demke, Konsistorialpräsident Kiderlehn, Oberkonsistorialrat Prof. Dr. Schultze, Konsistorialrat Härter, Pfarrer Lucke und Frau Gunst; seitens des EAK die Herren v. Beyme, Löw, Kuntze, Scharf, Schekatz und Stehli. Altbischof Dr. Demke war von der Kirchenleitung gebeten worden, trotz seines Ruhestandes zu dieser Runde einzuladen.

Aus der Fülle angerissener Themenfelder konzentrierte sich der Meinungs-austausch schließlich auf die Gebiete Kindererziehung, Schulreform, Familie und kirchliche Publizistik.

Zur Kindererziehung:

Der EAK trug noch einmal seine Sorge vor, daß mit der neuen Formulierung im Kinderbetreuungsgesetz - „Die Träger aller Kindertageseinrichtungen haben auf die weltanschauliche oder religiöse Prägung der Kinder durch ihr Elternhaus Rücksicht zu nehmen.“ - das Profil kirchlicher Kindergärten, speziell in ländlichen Gegenden, gefährdet werden kann. Die Kirchenleitung sieht diese Gefahr nicht, da kaum mehr als eine Selbstverständlichkeit gefordert wird. Es gilt nun, die weitere Entwicklung genau zu beobachten.

Bezüglich der Erteilung des Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen hat die Kirchenleitung deutlich gemacht, daß durch ihren Beitritt zur Verfassungsklage der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg gegen das Land Brandenburg für jedermann klar sein muß, daß die

Kirchenleitung das Brandenburger Fach LER ablehnt. Allerdings seien Kooperationsmodelle mit dem Fach Ethik unter Berücksichtigung der Rechtslage des Grundgesetzes möglich. Entscheidend sei, daß Religionsunterricht in Verantwortung der Religionsgemeinschaften stattfindet.

Im Land Sachsen-Anhalt gibt es große Probleme bei der Einführung des Religions- aber auch des Ethikunterrichtes. Hauptgründe sind die unberechenbare Personalpolitik der Landesregierung sowie ein widerwilliges Gebahren in verschiedenen Verwaltungsebenen des Kultusministeriums. Die Einsicht in die Notwendigkeit wertebildenden Unterrichtes an unseren Schulen ist leider nicht weit verbreitet. Der EAK hat zur Abhilfe dieser Beschwerden seine Hilfe über Mitglieder, die auch Mitglieder im Landtag sind, zugesagt.

Zur Förderung der Familien:

Die Förderung der Familien ist beiden Seiten ein gemeinsames Anliegen. Unbestreitbar ist, daß trotz aller Hilfestellungen noch nicht erreicht wurde, die Erziehung von Kindern in Familien so zu fördern, daß Ehepaare ohne Kinder oder andere Lebensformen ohne Kinder nicht in der Regel besser gestellt sind, als Familien mit Kindern. Kirchen und auch EAK müssen die Verantwortungsträger immer wieder auf diesen Mißstand hinweisen.

Seitens des EAK wurde noch einmal eindringlich darauf hingewiesen, daß die Privilegierung von Ehe und Familie zu den Grundlagen unserer Gesellschaft gehört, die nicht in Frage gestellt werden dürfen. Es wird daher von uns mit Sorgewahrgenommen, daß sich SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit der jüngsten Vorlage eines „Antidiskriminierungs-gesetzes“ grundsätzlich für eine Werteentscheidung

zu Lasten von Ehe und Familie entschlossen haben.

Nach unserer Auffassung sollte sich die Evangelische Kirche der KP Sachsen nicht nur zum besonderen Schutz der Familie, sondern auch der Ehe bekennen. Dieses ist allerdings in der Kirche umstritten.

Zur kirchlichen Publizistik:

Evangelische Christen, die sich einer Politik der CDU verbunden fühlen, tragen immer wieder die Beschwerde vor, daß ihre Meinungen in der kirchlichen Publizistik, insbesondere in der Wochenzeitung „Die Kirche“ so gut wie nie zur authentischen Darstellung kommen. Pressemitteilungen des EAK werden z. B. regelmäßig ignoriert. Wenn die Kirche Volkskirche bleiben will und kirchliche Pressearbeit wieder zu einer objektiven Berichterstattung zurückkehren will, muß sich hier dringend etwas ändern.

Die Kirchenleitung hörte unsere Beschwerde. Nun warten wir ab.

Abschließend sei ausdrücklich festgestellt, wir hatten ein gutes Gespräch, von dem hier nur in bestimmten Auszügen berichtet werden konnte. Der beiderseitige Wunsch, im Gespräch zu bleiben, wird mit Sicherheit zu weiteren führen. An diesem möchte dann auch unbedingt Herr Bischof Noack teilnehmen, wie er mir versicherte.

Für den EAK heißt dies: Die eigene Meinungsbildung vertiefen, in den Kirchen durch unsere Mitglieder wirken und unsererseits in Gesprächen unsere Anliegen vortragen und Meinungen austauschen.

Übrigens sei an dieser Stelle auf eine Schwäche unserer Arbeit hingewiesen: Herr Kirchenpräsident Klassohn der Evangelischen Landeskirche Anhalts möchte gerne ein Gespräch mit uns als EAK führen. Leider ist dieser aus

Termingründen noch nicht zustande gekommen.

Jürgen Scharf

Gespräch mit der Evangelischen Landeskirche Anhalts aufgenommen

Die durch eine wechselvolle Historie entstandenen Grenzen der Landeskirchen führen dazu, daß heute auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt 6 evangelische Landeskirchen mit Gemeinden vertreten sind. Neben der Kirchenprovinz Sachsen stellt den nächstgrößten Anteil die Evangelische Landeskirche Anhalts.

So war es nur konsequent, daß der EAK einem Gesprächswunsch dieser Kirche nachkam. Am 21. August 1997 trafen die Vorstandsmitglieder des EAK Herr v. Beyme, Herr Dr. Heuck, Herr Scharf und Herr Schekatz in Dessau mit Kirchenpräsident Klassohn und OHR v. Bülow zusammen. Über die wichtigsten Gesprächsfelder sei im folgenden skizzenhaft berichtet:

Religionsunterricht

Schon früh und konsequent hat sich die Landeskirche Anhalts zur Einführung des Religionsunterrichtes bekannt. (Übrigens unterstützte sie auch von Anfang an den Gottesbezug in unserer Landesverfassung.) Heute geht es darum, die Einführung dieses Unterrichtes aktiv zu unterstützen. In so manchen Lehrerkollegien müssen noch restriktive Haltungen abgebaut werden. Der EAK sagte zu, daß Handeln des Kultusministeriums und der Schulverwaltungen genau zu beobachten und ggf. aktiv zu werden.

Familiengesetz

Der EAK berichtete vom Vorstoß der jetzigen Landesregierung über eine Verfassungsänderung, die sogenannte „Gleichstellung“ gleichgeschlechtlicher Lebensweisen durchzusetzen. Diese Gleichstellung wird nicht eine ohnehin nicht gestattete Diskriminierung

verhindern, sie wird die zurecht besondere Stellung von Ehe und Familie entwerten, so die Befürchtung des EAK.

In der Evangelischen Landeskirche Anhalts spielt diese Diskussion wohl noch keine große Rolle. Jedoch ist vollkommen klar, daß auch für die anhaltinische Kirche eine Gleichsetzung von Ehe und gleichgeschlechtlicher Lebensweisen unakzeptabel ist.

Militärseelsorge

Beide Seiten stellten fest, daß praktische Erfahrungen in der Militärseelsorge zunehmend zu einer Entkrampfung der verbissenen theoretisch geführten Auseinandersetzung führen. Die Kirche hat dort zu sein, wo die Soldaten in der Bewährung stehen. Die Evangelische Landeskirche Anhalts hat den Militärseelsorgevertrag zugestimmt.

Wollen wir hoffen, daß die Seelsorge an Soldaten bald zur Selbstverständlichkeit in unseren Kirchen wird.

Anhalt als eine Problemregion

Große Teile des ehemaligen Anhalts bilden heute den Regierungsbezirk Dessau. Dieser kleinste Regierungsbezirk spielt aber für die Identität Anhalts eine große Rolle. Die Evangelische Landeskirche Anhalts befürchtet, daß eine angekündigte Auflösung des Regierungsbezirks Dessau zu gravierenden Nachteilen der Region führen wird.

Der EAK teilte die Bedenken und bekräftigte, daß keine ernstzunehmende Person in der CDU eine Auflösung des Regierungsbezirkes Dessau anstrebe.

Insgesamt verliefen die Gespräche in einer sehr aufgeschlossenen Atmosphäre. Sie sollen in regelmäßigen Abständen fortgesetzt werden.

Jürgen Scharf

Wir möchten an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen: Wenn sie Veranstaltungshinweise, Buchtips, Erlebnisberichte und anderes haben, die in unseren Rundbrief aufgenommen werden können, so senden sie diese an den Vorsitzenden Jürgen Scharf (Anschrift siehe Briefkopf). Die Form ist frei wählbar. Die weitere Bearbeitung übernehmen wir dann.

Wir grüßen sie alle ganz herzlich.

Jürgen Scharf *Michael Schekatz*
Vorsitzender